



NEWSLETTER DER **DPOLG** HESSEN LANDTAGSWAHL IN HESSEN 2018

Wir informieren !

Am 28. Oktober haben die Menschen in Hessen die Möglichkeit aktiv, auf die Zukunft des Landes Einfluss zu nehmen. Die DPoIG Hessen hat alle Innenpolitischen Sprecher der im Landtag vertretenen Parteien um ein Interview gebeten, um den DPoIG-Mitgliedern sowie ihren Angehörigen und Freunden die Entscheidung bei der nächsten Landtagswahl zu erleichtern. Die Reihenfolge des Abdrucks ergibt sich aus dem Zeitpunkt der Zusage der jeweiligen Innenpolitiker.

Freie Demokraten





„Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird. Aber es muss anders werden, wenn es besser werden soll.“ (Georg Christoph Lichtenberg)

Die hessischen Polizeibeamten haben in den letzten Jahren viele Einschnitte hinnehmen müssen. Die Aufzählung geht von Besoldung über Beihilfe, ein mehr an Wochenarbeitszeit bis hin zu Personalabbau und permanenten neuen Aufgaben.

Die in Verantwortung stehende Politik sieht es natürlich vollkommen anders und führt mit der Verbesserung von Ausstattung einen wichtigen Punkt ins Feld.

Ja, da hat sich etwas getan. Und?

Die Verbesserungen waren nicht nur notwendig, sondern ein normaler Vorgang im Laufe der Zeit. Eine Kfz-Werkstatt muss schließlich auch seine Werkzeuge auf aktuellen Stand halten, um die Fahrzeuge auf dem neustens Stand reparieren und warten zu können. Es ist also nichts besonderes, dass bei den bewältigten und anstehenden Herausforderungen die Kolleginnen und Kollegen nur mit optimaler Ausrüstung ihre Arbeit auf dem hohen Niveau leisten können. Trotzdem sind wichtige Schritte, hin zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit in der hessischen Polizei, noch nicht gegangen. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit wurde ermöglicht, jedoch, dass damit einhergehend die frühe und umfassende Sorge dafür zu tragen ist, dass die Kollegin oder Kollege auch dazu im Stand ist, können wir nicht feststellen. Bloße Absichtserklärungen, dass man ein familienfreundlicher Arbeitgeber ist macht das nicht aus. Als Stichworte, über welche in nächster Zeit zu reden sein wird, ist das wir vernünftige und planbarere Dienst-/Einsatzzeiten bekommen, regelmäßige gesundheitsfördernde Kuren (sprich mindestens alle 2 Jahre) und eine flexiblere (auf Vertrauen aufgebaute) Dienstsportförderung. Weiterhin ist uns hinsichtlich einer modernen Polizei auch wichtig, dass wir vernünftige und vor allem gute Voraussetzung zum Training von täglichen Situationen erhalten, dazu gehört ein gutes Trainingszentrum (ähnlich dem Trainingszentrum der Frankfurter Feuerwehr). Einhergehend ist die freie Verfügung von Munition und Zeit zum üben im Umgang mit unserer

Dienstwaffe erforderlich, im übrigen in Bayern kein Thema. Und hier gilt es Anreize zu schaffen, dass sich Kolleginnen und Kollegen als Trainer zur Verfügung stellen.

Ein weiterer Blick geht auf die Digitalisierung, wir sind nicht bei 4 oder 5 Punkt Null, sondern befinden uns im Anlauf auf höchstens 2.0. Parteien gönnen sich im Gegensatz über das Parteienfinanzierungsgesetz ein Mehr aus dem Topf der Steuergelder, weil ja die Parteiarbeit und der Wahlkampf das digitale Zeitalter erreicht hat. Da fehlt uns das Verständnis, Staat muss als erstes in die Digitalisierung bei seinen Behörden investieren, nur so ist der Dienst am Bürger, worauf er ein Anrecht hat, auf höchstem Niveau leistbar.

Die Herausforderungen sind beschrieben, Politik muss sie nur in die Hände und nicht wie im Wahlkampf normal mit Lippen(Bekanntnissen) ausführen. Die Polizistinnen, Polizisten und Tarifangestellten stehen bereit und setzen gerne mit um.

Der Personalabbau wird vehement verneint, jedoch sei die Frage gestattet: Was ist, eine stetige Aufgabenzunahme, permanent neue Organisationseinheiten (z.B. OPE / OPE Staatsschutz, etc.) und zunehmende Einsatzbelastung bei gleichbleibenden Personal? Die gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen kommen hier noch hinzu. Für mich ist das ein indirekter Personalabbau! Einhergehend haben wir über Jahre im Tarifbereich Stellen streichen müssen, die Arbeit musste trotzdem täglich absolviert werden. Hier nutzt es nichts, dass der Abbau gestoppt ist.

Die Themen werden mit viel Emotion begleitet, auch weil die Kolleginnen und Kollegen täglich von den Gegebenheiten eingeholt werden. Emotionen, welche gerade bei den Gesprächen zu der Wahl am 28. Oktober deutlich spürbar sind. Wir haben aus diesem Grund frühzeitig das Gespräch mit den innenpolitischen Sprechern der im Landtag vertretenen Fraktionen gesucht und mit Interviews aufgearbeitet. Gerade Polizistinnen und Polizisten wissen, dass emotionales Handeln selten zu guten und nachhaltigen Ergebnissen führen.

Die DPolG Hessen hat nicht die Nähe zum hessischen Innenminister, weil wir mit unserem kritischen und trotzdem immer konstruktiven Blick auf die Themen die Arbeit in der hessischen Polizei begleiten. Die Herangehensweise ist nicht immer und vor allem bei jedem willkommen, trotzdem konnten wir unsere Sichtweisen und Punkte gut platzieren, ohne uns mit fremden Federn schmücken zu müssen. Das gründet auch darin, dass wir mit unserem Dachverband dbb Hessen (39 Fachgewerkschaften), gemeinsam die anstehenden Herausforderungen bewältigen und so auf einer breiten Basis im Bereich des öffentlichen Dienstes aufgestellt sind.

Gerade heute ist es wichtig zu begreifen, dass wir auf noch mehr Vernetzung (Datenaustausch) im Bereich der Verwaltung im Land bis hin zu Städten und Gemeinden angewiesen sind. Politik muss begreifen, dass wir aufeinander angewiesen sind und nur ein Miteinander auf Augenhöhe die tägliche Arbeit einfacher, unbürokratischer und schneller gestalten lässt.

In vielen Bereichen wurden Reformen nicht weitergedacht, deren Auswirkungen die Kolleginnen und Kollegen vor Ort spüren. Strukturen innerhalb und außerhalb blieben unangetastet, aus Angst die Wählerin und den Wähler zu verschrecken oder den einzelnen „Fürst“ in seiner Feste zu erschüttern und damit aus den Reihen der „JA“-Sager zu verlieren. Politik braucht Mut zum Gestalten und Verändern, dies bedarf einen Rückhalt und das ist ein starker Staat. Der Staat wird im Innern als erstes durch seine Bediensteten, ob Beamte oder Tarifbeschäftigte, abgebildet. Diesen ist der Staat, folglich die in Verantwortung stehende Politik, verpflichtet, das gilt es permanent in Erinnerung zu rufen.

Staat trägt Verantwortung gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch im Besonderen gegenüber denen die ihn abbilden. Die Beamtinnen, Beamten und Tarifbeschäftigten wollen nicht als Bittsteller wahrgenommen, sondern als Leistungsträger des Gesamtgefüges, welche entsprechend entlohnt und wertgeschätzt werden müssen. Gerade deshalb werden wir die eingereichten Klagen unseres Dachverbandes dbb Hessen in Wiesbaden und Darmstadt vor den dortigen Verwaltungsgerichten und die Berufung zum Urteil des VG Frankfurt beim VGH in Kassel konsequent weiter unterstützen. Politik muss spüren, dass Beamte ihrer besonderen Dienst- und Treupflicht nachkommen, aber dafür auch die Pflicht des Dienstherrn einfordern und diese auch rechtlich durchzusetzen wissen.

Über unseren Dachverband dbb Hessen wurden Wahlprüfsteine erstellt, welche wir umfänglich unterstützen und den Kolleginnen und Kollegen inklusive der Antworten der Fraktionen zur Verfügung stellen. Die DPoIG Hessen ist begleitend dazu den Weg der direkten Ansprache gegangen, Vertrauen und Zuverlässigkeit hat uns hierbei geleitet. Zentraler Punkt war und ist die Steigerung der Attraktivität insgesamt, vom 1 Tag der Beschäftigung bis hin zur Pension und auch darüber hinaus.

Ein Auszug unserer Forderungen von zentralen Punkten stelle ich in Spiegelstrichen dar:

- Besoldung (Ausgleich des bestehenden Deltas von rund 3,8% / Pensionsfähigkeit der Polizeizulage / Dynamisierung im Bereich Weihnachtsgeld (Sonderzahlung) und DuZ)
- Beförderungs- und Zulagensystem für Funktions-/Fachkräfte – Besoldung -P- (wie bereits im Jahr 2005 und 2007 durch den ehemaligen Landesvorsitzenden Heini Schmitt vorgestellt) als mögliche Ausrichtung

- Ausbildungsbereich – Überlegung zur Umsetzung einer „freien Heilfürsorge“ für Studierende (wichtige Attraktivitätssteigerung im Wettbewerb mit den anderen Ländern)
- Lehrmittelfreiheit für das Polizeistudium
- Überdenken, Neuausrichtung und Gleichbehandlung im Tarifbereich, ähnlich einem Beförderungssystem ... Bewertung des Arbeitsplatzes, zur Stärkung der öffentlichen Verwaltung
- Zuwachs im Personal - hierbei in allen Bereichen und im ausgeglichenen Tempo, um den einzelnen Aufgabenstellungen umfänglich gerecht werden zu können –
- Weiterentwicklung der bestehenden und Anschaffung von neuen Führungs- und Einsatzmittel sowie der individuellen Ausrüstung
- Verbesserte Gebäude und Raumausstattung (höhenverstellbare Schreibtische, klimatisierte Arbeitsplätze, WLAN in den Dienststellen)
- Möglichkeit zur perspektivischen Weiterentwicklung, z.B. duales Studium mit einer fachspezifischen Ausrichtung (Forensik, Kriminalistik, Informatik, ect.) an universitären Einrichtungen vor Ort oder per Fernstudium (z.B. Uni-Bochum), unter Anerkennung der Abschlüsse (Master)
- Berücksichtigung der besonders belastenden Dienste im Bereich des WSD, DEG und Kommissariaten (Zulagen, 38.5 Stundenwoche, etc.)

Die rechtlichen Grundlagen sind in Hessen gut, diese müssen an den neuen Herausforderungen weiterentwickelt werden. Gleichfalls müssen die Bestrebungen zur Fortentwicklung der Bundesgesetzgebung (Schutz der Bediensteten im öffentlichen Dienst, Strafmaß StGB, Richtervorbehalt, ect.) und Vereinheitlichung der Polizeigesetze intensiviert werden. Ein enger und offener Dialog zwischen Politik und den Beteiligten aus Legislative und Executive ist hierzu erforderlich. Lobend sei hier erwähnt, dass die guten und umfangreichen gesetzlichen Grundlagen ein Verdienst der hessischen Landesregierung unter Beteiligung der im Landtag vertretenen Fraktionen ist.

Mit Blick auf das Gesamtbild hessische Polizei, die Herausforderungen und mit Sicht in andere Bundesländer will ich noch einmal festhalten, dass die von mir im Jahr 2017 genannte Zahl von mindestens 19.000 Polizeivollzugsbeamten keine Utopie ist. Die Zukunft zur Ableistung unserer täglichen und besonderen Aufgabenstellungen erfordert mehr, als nur die avisierten rund 15.500 Kolleginnen und Kollegen. Dazu bedarf es einer deutlichen und nachhaltigen Attraktivitätssteigerung!

Abschließend ist uns wichtig, dass wir zum Schutz der im öffentlichen Dienst beschäftigten Kolleginnen und Kollegen sowie den ehrenamtlich

Tätigen noch enger, konsequenter und nachhaltiger, auch zum Schutz des Einzelnen, zusammenarbeiten müssen. Wir unterstützen den Pakt gegen die Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, welcher zwischen dem dbb Hessen und den innenpolitischen Sprechern der Fraktionen am 21. August 2018 in Wiesbaden geschlossen wurde. Die Geduld von Papier darf hier nicht strapaziert werden, sondern wir erwarten Taten!

Zum Begriff der Verantwortung schrieb Johann Wolfgang von Goethe

„Wir wollen der Hausfrömmigkeit das gebührende Lob nicht entziehen. Auf ihr gründet sich die Sicherheit des einzelnen, worauf zuletzt denn auch die Festigkeit und Würde des Ganzen beruhen mag. Aber sie reicht nicht mehr hin. Wir müssen den Begriff einer Weltfrömmigkeit fassen, unsre redlich menschlichen Gesinnungen in einen praktischen Bezug ins Weite setzen und nicht nur unsre Nächsten fördern, sondern zugleich die ganze Menschheit mitnehmen.“

Dieser Verantwortung unterliegen wir alle, gerade bei einer Wahl.

Lars Maruhn
Landesvorsitzender der DPoIG Hessen

Die Interviews führte Landeschefredakteur Alexander Glunz.



Zur Person

Alexander Bauer

- 1972 in Lampertheim geboren
verheiratet, zwei Kinder
- 1991 Abitur, folgend Studium
kath. Religion und Sozialkunde
auf Lehramt
- seit 1993 Mitglied der CDU
- 2006 Studienrat für kath.
Religion, Politik und Wirtschaft
an der Liebfrauenschule
Bensheim
- seit 2008 Mitglied des
Hessischen Landtages
- seit 2010 innenpolitischer
Sprecher der CDU
- 2011 bis 2016 Mitglied im
Kreistag des Kreises Bergstraße
- seit 2013 Vorsitzender des CDU
Stadtverbandes Bürstadt

Aktuelle Funktionen im Landtag:
Mitglied im Innen- und
Rechtspolitischen Ausschuss
und andere

Kontaktdaten:

Alexander Bauer
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611.350720

E-Mail: a.bauer@ltg.hessen.de
Homepage: www.bruecken-bauer.de

Interview mit Alexander Bauer - Innenpolitischer Sprecher der CDU

Herr Bauer empfing uns im Landtag
in Wiesbaden. In einem freundlichen
Gespräch beantwortete er folgende Fragen:

**POLIZEISPIEGEL
(PS): Herr Bauer,
warum sollten
Polizeibeamte/
Polizeibeamtinnen
bei der nächsten
Landtagswahl die
CDU wählen**

**Alexander Bauer (A.
B.):** Weil die CDU die
Partei der inneren
Sicherheit ist. Innere
Sicherheit war, ist und
bleibt eines unserer
Kehrthemen. Wir
haben auch schon
bewiesen, dass wir die
richtigen Akzente
setzten, damit Hessen
eines der sichersten
Bundesländer bleibt.
Natürlich wollen wir
diese politischen
Rahmenbedingungen
auch weiter optimieren.
Wir wollen dafür
sorgen, dass die
Polizei in Hessen gute
Arbeit leisten kann.
Dabei geht es uns um
die Polizeistärke über
die erforderliche
Ausstattung bis zu den
rechtlichen
Möglichkeiten.

Sicherheit ist uns so
wichtig, weil es eines
der Grundbedürfnisse
der Menschen ist.

**Kürzung des
sozialen Niveaus
seit 1999**

**PS: Bevor die CDU
die Hessische
Landesregierung
stellte (1999), gab es
eine 38,5-Stunden-
Woche, volles
Weihnachts- und
Urlaubsgeld und
andere
Sozialleistungen wie
einen AZV-Tag und
Ähnliches. Dieses
soziale Niveau haben
wir seit 1999 nicht
mehr erreicht, wird
sich das ändern?**

A. B.: Wir haben ja
schon angefangen
nachzusteuern. 2016
wurden die Beträge für
die DuZ angehoben
und eine Zulage für die
Operativen Einheiten
eingeführt. Darüber
hinaus wurde für den

Polizeivollzugsdienst eine eigene Mehrarbeitsvergütungsverordnung eingeführt. Auch die Besoldungspolitik hat sich verbessert. Die letzte Erhöhung von 2,2 Prozent liegt mit Februar 2018 erst kurze Zeit zurück. Das sind alles wichtige Signale und bei guter Kassenlage kann man diesen Weg weiter fortsetzen. 2017 wurde die Arbeitszeit auf 41 Wochenstunden reduziert. Außerdem wird die Stundengutschrift auf das Lebensarbeitszeitkonto fortgeführt. Besonders bei den belastenden Diensten ist eine weitere Wertschätzung, gegebenenfalls auch monetär nicht ausgeschlossen.

PS: Hessen steht im Vergleich zu anderen Bundesländern, wenn man die Attraktivität des Polizeidienstes anschaut, mit einer Nullrunde beziehungsweise einem Ein-Prozent-Lohndiktat, Beihilfeselbstbehalt, Beförderungsmöglichkeiten und anderm weit hinten. Wie wollen sie jungen Menschen den Dienst in Hessen schmackhaft machen?

A. B.: Wir sind nicht weit hinten. Der Polizeiberuf in Hessen ist attraktiv. Zum Februar sind über 3 400

Bewerbungen eingegangen. Über 400 Anwärterinnen und Anwärter wurden neu eingestellt. Davon stammen knapp 25 Prozent aus anderen Bundesländern. Ich glaube, das unsere Rahmenbedingungen den Beruf attraktiv machen. Alle Planstellen für Polizeivollzugsbeamte sind im gehobenen beziehungsweise höheren Dienst angesiedelt. Die 2018 und 2019 vorgesehenen Stellenhebungen schaffen über 600 neue Beförderungsmöglichkeiten. Dazu kommt das Landesticket, welches eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV zeitweise sogar mit der ganzen Familie ermöglicht. Das ist bundesweit einmalig und ergibt im Einzelfall auch eine erhebliche finanzielle Entlastung. Somit haben wir den Beamtenberuf generell in Hessen attraktiver gemacht.

Technik und Landesgrenzen

PS: Der unter der CDU/Grünen-Landesregierung eingeführte Digitalfunk wurde modern und richtungsweisend beschrieben, jetzt soll es einen Polizeimessenger im

Mobilfunknetz geben. Warum ist das nötig, was hat der Digitalfunk gebracht, außer einer Ablösung des Analogfunks?

A. B.: Ich bin kein Polizeitechniker, aber die Probleme, die es mit dem Digitalfunk zurzeit noch gibt, sind in der Behebung. Wir werden die erkannten Funklöcher beseitigen und auch für eine gute Funkanbindung in den größeren Gebäudekomplexen schaffen. Mit dem Messenger wollen wir mit der modernen Kommunikation mitgehen und dafür sorgen, dass die Polizei nicht mehr eigene oder gar private Hilfsmittel nutzen muss, um Text- und Bildinformationen auszutauschen. Es soll ein abhörsicheres polizeiinternes Datenaustauschsystem geschaffen werden, was die Polizeiarbeit erleichtert.

PS: Wieso bastelt Hessen hier eine Einzellösung, die nicht mit den Nachbarbundesländern kompatibel ist?

A. B.: Derzeit läuft nur eine Testphase und dann kommt erst die Ausschreibung. Ich bin ein großer Fan davon, dass

man Synergien nutzt und nicht das Rad neu erfindet, keine Frage. Ich habe aber auch die Erfahrung gemacht, dass die hessische Polizei auch sehr gut eigene Produkte entwickeln kann. Das geht los mit der Bodycam bis hin zur Software KLB-Operativ. Wir brauchen hier eben eine passgenaue Lösung für die hessische Polizei.

Ist Kennzeichnungspflicht unnötig?

PS: Unter der CDU/Grünen- Regierung wurde die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte eingeführt. Handelt es sich hier nicht um einen Generalverdacht gegen alle Polizeibeamte?

A. B.: Wir als CDU haben das Thema nicht auf unserer Agenda gehabt, das war ein politischer Kompromiss. Es ist auch kein Generalverdacht gegen die Polizei. Andere Bundesländer machen das ebenfalls. Ich glaube in der Praxis spielt es keine Rolle, weil das Anzeigeverhalten trotz der Kennzeichnung marginal ist. Auch ohne Kennzeichnungspflicht hat die polizeiinterne

Aufklärungsarbeit funktioniert und dazu geführt, dass Fehlverhalten verfolgt wurde.

Wachpolizei und Ausrüstung ausbauen

PS: Die CDU hat sich für die Einführung der Wachpolizei eingesetzt. Durch die Unterstützung der DPoIG ist höchst richterlich festgestellt worden, dass die Mitarbeiter dort viel zu niedrig eingruppiert waren. Was sagen sie dazu?

A. B.: Wir sind froh, dass wir die Wachpolizei eingeführt haben, die 600 Mitarbeiter der Wachpolizei entlasten den Vollzug ganz erheblich. Die Wachpolizei kann man gut einsetzen für die entsprechenden Tätigkeitsfelder wie Gefangenentransport, Erkennungsdienst und Ähnliches. Mit der Tarifeinigung 2015 erfolgte bereits eine höhere Eingruppierung der Beschäftigten. Wir wollen die Wachpolizei weiter ausbauen und je nach Arbeitsaufgaben und Berufsverläufen muss

dann auch entsprechend besoldet werden.

PS: Laut Hessenplan der CDU sollen 1,6 Millionen Euro für neue Bewaffnung ausgegeben werden. Was wurde aus der AG neue MP und wo bleibt die Bewaffnung?

A. B.: Insgesamt sollen 18,9 Millionen Euro für moderne Ausrüstung ausgegeben werden. Dazu gehört die Umrüstung der Waffen und besondere Schutzausrüstung wie Schnittschutzschals zur Abwehr von Messerangriffen. Für die Polizei soll das Sturmgewehr G36 der Bundeswehr angeschafft werden. Die Polizeiführung legt fest, was in der Praxis erforderlich ist. Es mangelt nicht an den Ressourcen, sondern oftmals an den komplexen europarechtlichen Beschaffungswegen.



Schwerpunkte der Zukunft

PS: Welche Schwerpunkte würde ihre Partei bei erneuter Regierungsverantwortung im Bereich Innere Sicherheit legen?

A. B.: Wir wollen, dass die Menschen weiterhin gut und sicher in Hessen leben können. Elf Prozent mehr Personal seit 2014 ist da ein guter Anfang. Die Polizei leistet hervorragende Arbeit und wir wollen sie auch künftig so ausrüsten und alle erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen, dass das so bleibt. Außerdem setzt die CDU einen Schwerpunkt beim Ausbau der beruflichen Karriereperspektiven und bei der Verbesserung der planbaren Freizeitgestaltung.

PS: Sollte die CDU eine Koalition eingehen müssen, welche Punkte wären im Bereich Innere Sicherheit nicht verhandelbar?

A. B.: Wir brauchen eine bundesweit vernetzte Sicherheitspolitik. Dazu gehört für uns die Stärkung des Verfassungsschutzes und des polizeilichen Staatsschutzes ebenso wie die Stärkung der Prävention und der Bekämpfung jeder Form des Extremismus. Dazu kommt eine Akzentuierung bei der Bekämpfung von Cybercrime, mobiler Kriminalität und damit einhergehend eine Intensivierung der länderübergreifenden Kooperationen.

Zum Schluss

PS: Wenn Sie den DPoIG-Mitgliedern noch etwas Persönliches sagen möchten, was wäre das?

B.: Ich bin stolz wie Bolle auf unsere Polizei! Die Fakten belegen: Sie hat trotz schwieriger Rahmenbedingungen großartiges geleistet. Wir gehen den Weg der Verbesserungen gemeinsam weiter. Sicherheit legen?



CDU

FRAKTION IM
HESSISCHEN LANDTAG



Zur Person

Nancy Faeser

- > verheiratet, 1 Kind
- > Mitglied im Verein Kindertal. Hilfe bei Kinderarmut ...
- > Mitglied im Verein Arbeiterwohlfahrt Main-Taunus und andere
- > seit 1988 in der SPD
- > seit 1993 Mitglied im Kreistag Main-Taunus
- > seit 2003 Mitglied im Hessischen Landtag
- > seit 2009 Mitglied bei den Sozialdemokraten in der Polizei (SIP)
- > seit 2009 Mitglied in der Arbeitsgruppe – Innen – des Bundespartei Vorstandes
- > seit 2013 Mitglied im Landesvorstand der SPD
- > seit 2014 Generalsekretärin der SPD Hessen

Aktuelle Funktionen im Landtag:

- > Obfrau des Innenausschusses
- > Mitglied im Unterausschuss für Datenschutz
- > Vorsitzende der PKK für den Verfassungsschutz
- > Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss
- > Obfrau im Untersuchungsausschuss Polizeichefaffäre (abgeschlossen)
- > Mitglied der Landespersonalkommission

Kontaktdaten:

Bürgerbüro Nancy Faeser Nordring 33
65719 Hofheim
Telefon: 06192.977777

E-Mail: mail@nancy-faeser.de Homepage:
www.nancy-faeser.de

Interview mit Nancy Faeser - Innenpolitische Sprecherin der SPD

Im Büro der SPD-Abgeordneten führten wir mit ihr und in Anwesenheit der Innenreferentin der SPD-Fraktion, Frau Lisa Ensinger, folgendes Interview:

POLIZEISPIEGEL (PS): Frau Faeser, warum sollten **Polizeibeamte/Polizeibeamtinnen bei der nächsten Landtagswahl die SPD wählen?**

Nancy Faeser (N. F.): Weil die SPD die einzige Partei ist, die sich wirklich für die Rechte der Polizei einsetzt und das nicht nur, wenn es zeitlich in den Wahlkampf passt. Wir haben mit großem Schrecken gesehen, dass viele Einschnitte bei der Polizei in Hessen stattgefunden haben. Ich will nur einige benennen: eine 42-Stunden-Woche, die Kürzung beziehungsweise der Wegfall von Weihnachts- und Urlaubsgeld. Wir wollen die Polizei stärken, durch mehr Personal, Verbesserung der

Rahmenbedingungen wie Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und viele andere Maßnahmen.

Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder

PS: Sie haben in ihrem Regierungsprogramm aufgeführt, dass Sie eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder anstreben. Bis wann soll das denn erfolgen?

N. F.: Ja, das wollen wir zwingend umsetzen. Möglichst innerhalb der nächsten Legislaturperiode.

PS: Werden die hessenspezifischen Arbeitnehmergehälter dabei erhalten bleiben?

N. F.: *Eines ist klar, es wird dadurch zu keiner Verschlechterung für die hessischen Polizeibeamten/-innen kommen. Das ist eine Grundvoraussetzung, alles andere würde sich verbieten. Wir sehen in der Rückkehr in die TdL viele Verbesserungen.*

PS: **In Ihrem Regierungsprogramm bemängeln Sie die zurzeit fehlenden Regenerationszeiten und die Planbarkeit der Dienste. Bedeutet dieses, dass sie zurück zur 38,5-Stunden-Woche wollen?**

N. F.: *Auf lange Sicht mit Sicherheit. Das wird aber nicht kurzfristig gehen. Kurzfristig werden wir auf die 40-Stunden-Woche gehen. Das muss auch zeitnah erfolgen. Wir fanden die Einführung der 42-Stunden-Woche falsch, was wir auch im Plenum hinreichend deutlich gemacht haben. Besonders für die belastenden Dienste, welche rund um die Uhr im Schichtdienst sind, ist es erstrebenswert, auf die 38,5-Stunden-Woche zurückzugehen.*

Eine Funkwagenbesetzung mehr pro Dienststelle

PS: **Werden Sie die Einstellungs-offensive der Landesregierung weiterführen oder noch ausbauen?**

N. F.: *Ja, das wollen wir. Wie schon gesagt, sehen wir die Belastungssituation durch zu wenig Personal verschuldet. Es wurde unter CDU-geführten Regierungen massiv Polizei abgebaut, durch die Aktion „Sichere Zukunft“, welche wir als Aktion „düstere Zukunft“ bezeichnen, sind 1 000 Vollzugsstellen und 600 Tarifstellen weggefallen. Dafür hat es auch bis heute keinen Ausgleich gegeben. Wir wollen nicht nur den Aufbau in Polizeivollzugsstellen, sondern auch im Tarifbereich vorantreiben, weil das auch den Vollzugsbereich entlastet. Wir wollen, und das haben wir im Regierungsprogramm verankert, in jeder Polizeidienststelle in Hessen einen zusätzlichen Funkstreifenwagen mit Besetzung 24 Stunden, rund um die Uhr, auf die Straße bringen. Gerade in der Fläche hatte ich die*

Verstärkung für zwingend notwendig.

PS: **Unter der CDU/Grünen- Regierung wurde die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte eingeführt. Was halten Sie davon?**

N. F.: *Wir haben uns damals im Landtag dagegen ausgesprochen, weil wir der Meinung sind, dass die Polizeibeamten im geschlossenen Einsatz ja schon bis in die Gruppen entsprechend gekennzeichnet waren. Ich finde, es handelt sich bei der Kennzeichnungspflicht um ein Zeichen des Misstrauens gegenüber den Polizisten, die ohnehin schon einen sehr schweren Job haben. Ich halte es für unnötig.*

PS: **Die SPD auf Bundesebene, damals Frau Nahles als Arbeitsministerin, hat das Tarifeinheitsgesetz ausgearbeitet und umgesetzt. Die Gewerkschaften aller Bereiche haben dieses für falsch angesehen. Wie steht die SPD Hessen dazu?**

N. F.: *Wir haben uns damals nicht negativ dazu geäußert, wir wollen auf jeden Fall, dass die Spezifika der Hessischen Polizei Berücksichtigung finden. Wir möchten in Hessen dafür sorgen, dass die nicht vorhandenen Perspektiven für Polizeibeamte/-beamtinnen wieder eingeführt werden. Mittlerweile gibt es einen Bauch von nahezu 75 Prozent von A 9 und A 10, das ist ein echter Nachteil auch zu allen anderen Bundesländern, deshalb schwebt uns da ein hessischer Sonderweg vor, entweder eines eigenen Laufbahnrechtes bei der Polizei oder ein Zulagensystem, sodass wieder Perspektiven geschaffen werden können. Es kann nicht sein, dass die meisten Polizeibeamten mit der A 10 in Pension gehen, wir haben da klare Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Bundesländern.*

Wachpolizei und Freiwilliger Polizeidienst

PS: Welche Haltung hat Ihre Partei zur Wachpolizei?

N. F.: *Mit den Mitarbeitern der Wachpolizei müssen wir gut umgehen. Dort werden wertvolle Aufgaben erledigt, wir hätten uns aber gewünscht, dass es im Bereich des Vollzuges höhere Einstellungszahlen gegeben hätte. Mit der Wachpolizei wurde ja ein Personaldefizit abgefangen, das halten wir nicht für den richtigen Weg. Dennoch wird dort gute Arbeit geleistet und der Vollzugsbereich entlastet. Wir haben uns auch sehr dafür stark gemacht, dass die Wachpolizei in die Entgeltgruppe 9 kommt.*

PS: Wird es mit Ihnen einen Ausbau der Wachpolizei geben?

N. F.: *Nein, wahrscheinlich nicht. Man muss aber sehen, wie wir die Polizei von polizeifremden Aufgaben entlasten können. Wir haben schon vor drei Jahren gefordert, dass die Polizei nicht mehr die Schwertransporte begleiten soll. Damals sagte uns die Regierung das wäre bereits in Arbeit, bis heute warten wir immer noch darauf. Wir werden aber auch alternative Möglichkeiten*

zum Beispiel im Objektschutz oder Ähnlichem prüfen.

PS: Wie sehen Sie den Freiwilligen Polizeidienst?

N. F.: *Den Freiwilligen Polizeidienst sehe ich negativ, ich glaube nicht, dass es hier zu einer Entlastung der Polizei kommt. Der Freiwillige Polizeidienst ist eingeführt worden, um den Personalmangel bei der Polizei zu kaschieren. Da, wo Polizei drauf steht, sollte auch gut ausgebildete Polizei drin sein.*

Schwerpunkte der SPD

PS: Welche Schwerpunkte würden Sie in Regierungsverantwortung setzen?

N. F.: *Wir wollen, dass die Polizei nicht mehr von der Einkommensentwicklung abgehängt wird. Zeit- und Inhaltsgleiche Übernahme der Tarifabschlüsse für die Polizei. Echte Wertschätzung, zum Beispiel durch Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, echte Erhöhung der DuZ.*



Den Polizeibeamten durch veränderte Beförderungspraxis wieder echte Perspektiven geben. Konsequente Anwendung des Strafrechts, das bedeutet auch entsprechende Ausstattung der Justiz.

PS: Was ist für Sie nicht verhandelbar?

N. F.: Mehr Personal. Eine Veränderung der Rahmenbedingungen, es darf nicht mehr zulasten der Beamten gespart werden. Das muss sich auch durch echte Wertschätzung zeigen. Sowie die 40-Stunden-Woche, die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage.

PS: Was möchten Sie den DPoIG-Mitglieder zum Schluss noch sagen?

N. F.: Ich habe eine enge Verbundenheit zur Polizei. In meiner Ausbildung habe ich die Tätigkeit der Polizei sehr gut kennen- und schätzen gelernt. Wertschätzung darf nicht nur in Sonntagsreden gezeigt werden, sondern muss sich auch durch Perspektiven auszeichnen. Dafür möchte ich eintreten.

**HESSEN
SPD**



Zur Person

Wolfgang Greilich

1954 geboren
 verheiratet, 3 Kinder
 Studium der Rechtswissenschaften
 seit 1970 Mitglied der FDP
 1981 bis 1997 Stadtverordneter in Gießen
 1982 Gründung einer Anwaltskanzlei
 1989 Bestellung zum Notar
 1993 Vorstandsmitglied der FDP Hessen
 seit 2008 Mitglied des Landtages
 Mitglied im Landes und
 Bundesfachausschuss Innen und
 Rechtspolitik der FDP
 Mitglied im Verwaltungsrat des HR
 Mitglied der DLRG
 Aktuelle Funktionen im Landtag:
 Vizepräsident des Landtages
 und andere

Kontaktdaten:

Wolfgang Greilich, MdL
 Schlossplatz 1–3,
 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611.350732

E-Mail: W.Greilich@ltg.hessen.de
 Homepage: www.wolfganggreilich.de

Interview mit Wolfgang Greilich - Innenpolitischer Sprecher der FDP -

Herr Greilich empfing uns in seinem Büro im Landtag in Wiesbaden. Im offenen Gespräch beantwortete er folgende Fragen:

POLZEISPIEGEL (P.S.): Herr Greilich, warum sollten Polizeibeamte/-beamtinnen bei der nächsten Landtagswahl die FDP wählen?

Wolfgang Greilich (W. G.): Weil die FDP die Polizei unterstützt. Wir wollen eine tatkräftige Durchsetzung von Recht. Diese Unterstützung hat es zum Beispiel bei den Krawallen im Zusammenhang mit der Eröffnung der EZB in Frankfurt am Main nicht gegeben. Ebenso kann es nicht sein, dass es Einrichtungen gibt, die offen die gewaltbereite autonome Linke-Szene unterstützen und vonseiten des Staates geduldet werden. Hier klaffen Worte und Taten der Landesregierung auseinander, das wäre mit der FDP nicht so.

Rückkehr in die Tarifgemeinschaft

P.S.: Wenn die FDP an der nächsten Landesregierung beteiligt sein sollte, wird es eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder geben?

W. G.: Das ist eine sinnvolle Maßnahme, ich bezweifle aber, dass dieses innerhalb einer Legislaturperiode durchführbar wäre.

P.S.: Werden die Hessenspezifischen Arbeitnehmervorteile dabei erhalten bleiben?

W. G.: Ja, deshalb wird dieser Prozess auch nicht so schnell und einfach zu bewältigen sein. Auf jeden Fall darf unter dem Strich die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft des Bundes und der Länder

nicht zum Nachteil der Beamten in Hessen erfolgen.

P.S.: Wird es mit der FDP in der Landesregierung eine Rückkehr zur 38,5-Stunden-Woche geben?

W. G.: Nicht kurzfristig. Uns ist aber eine tatsächliche Entlastung der Polizei wichtig, unter anderem durch Abbau des Überstundenberges und mehr Personal.

P.S.: Wäre die Einführung einer 38,5-Stunden-Woche für besonders belastende Bereiche eine Idee?

W. G.: Nachdenken kann man darüber, aber ich möchte da keine Versprechungen machen.

Personal - 300 weitere Stellen -

P.S.: Wird die FDP die derzeitige Einstellungsoffensive der CDU/ Grünen-Landesregierung fortführen?

W. G.: Die derzeitige Einstellungsoffensive, wenn es denn eine ist, ist eine gute Sache, wir sagen eindeutig, wir brauchen mehr Polizeivollzugsbeamte/ -

beamtinnen. Diese müssen aber nicht nur eingestellt, sondern auch ausgebildet werden. In Zahlen sind wir für circa 1 500 Polizeibeamte/-beamtinnen.

P.S.: Das sind nur noch 300 weitere Stellen, da das Sicherheitspaket 1 und 2 der Landesregierung ja schon circa 1 200 Stellen beinhaltet, reicht das aus?

W. G.: Ich glaube, wenn wir es schaffen, jetzt 1 500 Polizei stellen zu besetzen und diese nicht nur als Papierstellen im Haushalt stehen, dann haben wir einen großen Schritt nach vorne gemacht.

P.S.: Wie steht die FDP zur Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten/-beamtinnen?

W. G.: Wir haben immer gesagt, wir glauben, der Schutz der Polizeimitarbeiter steht an erster Stelle. Wir haben aber auch gesagt, wir brauchen die Möglichkeit zu identifizieren, wenn es nötig sein sollte. Das derzeitige System ist nach meiner Sicht noch nicht vollständig ausgereift, dabei muss der Schutz des einzelnen Polizisten

der ein zentraler Polizist, noch mehr in den Fokus genommen werden. Es muss zu 100 Prozent sichergestellt werden, dass es unbefugten Dritten nicht möglich ist, aufgrund der Kennzeichnung auf den/ die einzelne(n) Beamten/ Beam tin zurückzuschließen.

Wachpolizei und Freiwilliger Polizeidienst

P.S.: Welche Haltung nimmt Ihre Partei zur Wachpolizei ein?

W. G.: Die Wachpolizei er möglichst, den Polizeivollzugs dienst in einem eng um grenzten Aufgabenfeld zu entlasten. Wir möchten aber viel mehr mit dem Ausbau der Verwaltungsstellen eine Entlastung von Vollzugs beamt(inn)en erreichen. Hier gäbe es auch die Möglichkeit, Personen mit mittlerem Bildungsabschluss durch eine Qualifizierung, wie der Aus bildung zum Verwaltungsas sistenten, den Zugang zum Polizeivollzugsdienst zu er möglichen.



Freie Demokraten



Fraktion im
Hessischen Landtag **FDP**

P.S.: Wie sehen Sie den Freiwilligen Polizeidienst?

W. G.: Der Freiwillige Polizeidienst kann an keiner Stelle Ersatz für Polizeivollzugsbeamte sein. Er kann lediglich das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erhöhen, aber ob damit objektive Sicherheit geschaffen wird, ist fraglich.

Schwerpunkte

P.S.: Welche Schwerpunkte würde die FDP in Regierungsverantwortung im Bereich Innere Sicherheit setzen?

W. G.: Die Durchsetzung von Recht ist für uns sehr wichtig. Man darf nicht reflexartig nach Gesetzesverschärfungen rufen, wenn etwas passiert ist, sondern muss das vorhandene Recht anwenden und durchsetzen.

P.S.: Ist es für die FDP selbstverständlich,

dass Tarifergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenschaft übertragen werden?

W. G.: Nein, es ist zwingend, den Anschluss nicht zu verlieren. Die Beamten dürfen von der Einkommensentwicklung nicht abgehängt werden. Es muss aber möglich sein, die Tarifergebnisse gegebenenfalls mit einem Zeitversatz zu übertragen.

P.S.: Sollte die FDP eine Koalition eingehen müssen, welche Punkte wären im Bereich Innere Sicherheit nicht verhandelbar?

W. G.: Die Aufstockung der Polizei auf 1 500 Stellen, sowie Maßnahmen, die es uns er ermöglichen, das Recht auch wieder durchzusetzen.

P.S.: Ihre Partei fordert in einem Beschluss moderne Kommunikationsmittel für die Polizei, um zum Beispiel Fahndungsabfragen im

Streifenwagen oder mobil durchführen zu können. Wie finanzieren Sie diese Modernisierung?

W. G.: Es gibt viele Bereiche, wo wir sparen könnten, sei es bei der Schaffung von unnötigen Stellen im Umweltbereich oder auch das Landesticket sehen wir kritisch.

P.S.: Wenn Sie den DPoIG-Mitgliedern noch etwas Persönliches sagen möchten, was wäre das?

W. G.: Ich bin der Polizei schon lange verbunden. Seit meiner Referendarzeit und dem damit verbundenen Praktikum beim ehemaligen Polizeipräsidium Gießen ist das so. Die lehrreichste Zeit damals waren die Umläufe bei der Kriminalpolizei und im Streifendienst, wo ich er lebt habe, welchen schwierigen Job die Polizist(inn)en bewältigen.



Zur Person

Jürgen Frömmrich

- > verheiratet, 1 Kind
- > Berufsausbildung im Hotel/
Gaststättengewerbe
- > Fachabitur (Sozialwesen)
- > Studium an der Gesamthochschule Kassel
- > Geschäftsführer Grüne und Alternative in
den hessischen Kommunalvertretungen e. V.
- > seit 1981 Mitglied der Grünen
- > von 1988 bis 1991 Mitglied im
Landesvorstand
- > von 1997 bis 2011 Mitglied der
Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Frankenberg, in den Jahren 2001 bis 2005
Vorsitzender des Haupt und
Finanzausschusses
- > Landtagsabgeordneter vom 15. November
1994 bis 4. April 1995 und vom 5. April 2003 bis
4. April 2008 und seit 18. Januar 2009
- > Aktuelle Funktionen im Landtag:
 - > Obmann im Hauptausschuss
 - > Obmann im Innenausschuss
 - > Obmann im Untersuchungsausschuss 19/2

Kontaktdaten:

Jürgen Frömmrich,
MdL Schlossplatz 2,
65183 Wiesbaden,

Tel.: 0611.350 632
Fax: 0611.350 600

E-Mail: j.froemmrigh@ltg.hessen.de
Homepage: www.juergen.froemmrigh.de

Interview mit Jürgen Frömmrich innenpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen

Im Beisein der stellvertretenden
Pressesprecherin der Grünen in Hessen,
Nathalie Fornhoff, waren wir zu Gast im
Landtag bei Jürgen Frömmrich.

**POLIZEISPIEGEL
(PS): Warum sollen
Polizeibeamte in
Hessen bei der
nächsten
Landtagswahl die
Grünen wählen?**

**Jürgen Frömmrich (J.
F.):** Weil wir in den
vergangenen Jahren in
der hessischen
Landespolitik viel für
Polizeibeamte getan
haben. Ich möchte
daran erin- nern, dass
wir gerade jetzt mit
dem stärksten
Jahrgang an Polizisten
an der Hochschule für
Polizei und Verwaltung
sind. Bis 2022 wollen
wir 1 500
Polizeibeamte/-innen
mehr im Dienst haben,
diese Beschlüsse sind
alle gefasst. 120
zusätzliche Stellen für
den
Verwaltungsbereich
wurden auch schon
beschlossen. Die
Stellen dafür wurden
geschaffen, die
Finanzmittel sind in

*den Haushalten 2018
und 2019 angelegt.
Das ist, glaube ich,
eine ganz starke
Leistung. Wir sind
eines der
Bundesländer, die
schon frühzeitig diese
Beschlüsse gefasst
haben. Schon vor den
Ereignissen in Köln auf
der Domplatte hatten
wir uns in der Koalition
verständlich, dass wir
mehr Stellen schaffen.
Bei der Wachpolizei
haben wir schon 100
neue Stellen
geschaffen, was der
Entlastung der
Vollzugspolizei dient.*

**Rückkehr in die
TdL?**

**PS: Warum ist
Hessen nach wie vor
nicht in der
Tarifgemeinschaft
der Länder (TdL) und
kocht seine eigene
Suppe, obwohl ihre
Partei bei der letzten
Landtagswahl noch
gefordert hat: „Unser**

Ziel ist die Rückkehr in die TdL, um die tarifpolitische ‚Kleinstaaterei‘ zu beenden.“ (Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen zur letzten Landtagswahl)?

J. F.: *Wir sind keine grüne Alleinregierung. Im Koalitionsvertrag war das nicht verhandelbar. Mittlerweile sind unsere Tarifergebnisse in Hessen ja teilweise besser als die der TdL, siehe zum Beispiel die Familienkomponente oder das Jobticket. Alle, die weiter die Rückkehr in die TdL fordern, müssen jetzt aber auch sagen, dass es diese Vorzüge dann möglicherweise nicht mehr gibt. Uns ist aber auch bewusst, dass es ein sehr aufwendiges Verfahren ist, für die Tarifpartner in Hessen eigene Tarifverhandlungen zu führen.*

PS: Wollen Sie in Zukunft die Rückkehr in die TdL anstreben?

J. F.: *Wir werden auch weiterhin im Gespräch mit den Gewerkschaften bleiben. Uns ist der Wunsch sehr verständlich. Aber das Gute aus beiden Welten wird es nicht geben. Da muss man sich dann auch als Gewerkschaft*

entscheiden, was man will. Entweder ist man in der Tarifgemeinschaft, dann ist es so wie in der Tarifgemeinschaft vereinbart, oder man ist im TvH, dann gelten die Vereinbarungen des TvH.

PS: Wie sieht Ihre Marschrichtung für die Zukunft aus, Rückkehr zum TvL oder TvH? TdL??

J. F.: *Es ist ja ein langwieriger Prozess, es war ja nicht nur Hessen nicht in der TdL. Berlin war ja auch ausgetreten und deren Rückkehr wurde auf viele Jahre angelegt. Wenn man das dann so will und die anderen Länder das auch wollen, dann ist das ein aufwendiger Weg. Wir würden diesen Weg gehen, aber das haben wir zurzeit in der Koalition nicht vereinbart.*

Personal

PS: Reichen die circa 1 500 Stellen bis 2022 aus, oder muss dort nachgeschlüsselt werden?

J. F.: *Ich glaube vor Kurzen einen Bericht eines Vorsitzen den einer anderen Gewerkschaft aus dem Polizeibereich gelesen zu haben, wo*

gesagt wurde, alle Forderungen der Gewerkschaft seien nun erfüllt. Mal Spaß beiseite, ich glaube, dass es immer Forderungen von Mitarbeitern geben wird nach mehr Personal. Wir haben mit 1 500 neuen Polizisten, die wir dann mehr haben, ein gutes Fundament geschaffen. Aber auf Kriminalitätsfelder, wie beispielsweise Cybercrime, was vor 20 Jahren noch kein Thema war, aber heute ein ganz wichtiges Thema ist, müssen wir natürlich reagieren. In diesen Bereichen müssen wir gut ausgebildetes und auch entsprechend bezahltes Personal haben, und da sind wir als Regierungsfraktion im Gespräch. Sobald es große Änderungen gibt, muss Politik da natürlich nachsteuern, aber im Großen und Ganzen sind wir in Hessen gut aufgestellt.

PS: In ihrem Regierungsprogramm haben Sie die Einführung eines Polizeibeauftragten gefordert, wo ist dieser?

J. F.: *Wir konnten in der Koalition nicht alles durchsetzen.*

Es war ein Wunsch von uns, einen unabhängigen Polizeibeauftragten zu haben. Das haben wir im Koalitionsvertrag nicht durchgesetzt. Wir haben einen Polizeibeauftragten im Innenministerium, der sich um Beschwerden im Polizeibereich kümmert. Wir haben aber auch beim Landtag eine Ombudsstelle vereinbart, die sich um Bürgerbeschwerden insgesamt kümmern soll. Das haben wir noch nicht umgesetzt, sind da aber im Gespräch.

Wachpolizei und Freiwilliger Polizeidienst

PS: Welche Haltung nehmen die Grünen zur Wachpolizei ein und wird es einen Ausbau geben?

J. F.: Die Wachpolizei ist eine Ergänzung zur Vollzugspolizei. Sie dient zur Entlastung und ersetzt keine gut ausgebildeten Polizeibeamten. Wir haben uns ja vor vielen Jahren für die zweigeteilte Laufbahn entschieden, das war auch richtig so. Die Wachpolizei soll Polizei beamtete bei Routinearbeiten unterstützen und entlasten.

PS: Wie stehen Sie zum freiwilligen Polizeidienst?

J. F.: Das halten wir für keine gute Idee. Wir sind der Auffassung, dass da, wo Polizei drauf steht, auch Polizei drinstecken sollte. Wir geben uns sehr viel Mühe, mit der Ausbildung und haben da hohe Ansprüche an die Qualität. Deshalb kann ich niemanden der einige Stunden Ausbildung absolviert hat, den Titel Polizei verleihen.

Schwerpunkte der Zukunft

PS: Welche Schwerpunkte würden die Grünen in erneuter Regierungsverantwortung im Bereich Sicherheit legen?

J. F.:

- Genug Personal für die neuen Kriminalitätsfelder.
- Stärkung der Präventionsarbeit, um gar nicht erst einschreiten zu müssen.
- Extremismusprävention in Schulen und im Netz.
- Zusätzliche Hilfsangebote für Menschen, die auf die „Schiefe Bahn“ geraten sind.

- Und das alles in einer guten Mischung.
- Übernahme der Tarifergebnisse zeit und inhaltsgleich

PS: Ist es für die Grünen selbstverständlich, das Ergebnis der Tarifabschlüsse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten zu übernehmen?

J. F.: Wenn es möglich ist, wollen wir das gerne tun. Das sollte auch der Normalfall sein. Es gibt aber auch Situationen, in welchen aufgrund höherer Interessen, wie beispielsweise der Einhaltung der Schuldenbremse, davon abgewichen werden muss. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir dieses Jahr seit 1969 erstmals wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt haben



PS: Welche persönlichen Worte möchten Sie noch an die DPoIG-Mitglieder richten?

J. F.: Ich glaube, dass wir in Hessen eine gute Arbeit für die Polizei gemacht haben und wir sind und bleiben da gesprächsbereit. Wir sind mit Prävention, guter Polizeiarbeit und Hilfsangeboten in der Mischung sehr erfolgreich.





Zur Person

Hermann Schaus

- > verheiratet, 2 Kinder
- > Wohnort: Neu-Anspach
- > Ausbildung zum KFZ-Mechaniker
- > Verwaltungsangestellter der Stadt Frankfurt am Main
- > Dipl.-Verwaltungswirt (FH)
- > Gewerkschaftssekretär
- > aktives Mitglied der SPD 1972 bis 1993
- > Vorsitzender des Kommunalpolitischen Forums Hessen
- > seit 2007 Mitglied der Linken
- > Kreistagsabgeordneter im Hochtaunuskreis bis 2010
- > Stadtverordneter in Neu-Anspach seit 2016
- > seit 1988 bis 1991 Mitglied im Landesvorstand
- > von 1997 bis 2011 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankenberg, in den Jahren 2001 bis 2005 Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses
- > Landtagsabgeordneter von 15. November 1994 bis 4. April 1995 und von 5. April 2003 bis 4. April 2008 und seit 18. Januar 2009

Aktuelle Funktionen im Landtag

- > Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Die Linke
- > Innenausschuss (INA)
- > beratend im Ältestenrat
- > NSA-Untersuchungsausschuss

Kontaktdaten

Hermann Schaus, MdL
Schlossplatz 2, 65183 Wiesbaden, Tel.:
0611.350 6081

E-Mail: h.schauss@ltg.hessen.de Homepage:
www.hermann-schaus.de

Interview mit Herman Schaus - Innenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke

Zwischen zwei Plenarsitzungen, trafen wir den Innenpolitischen Sprecher der Fraktion Die Linke im Landtag in Wiesbaden.

Polizeispiegel (PS.): Herr Schaus, warum sollten Polizist(inn)en in Hessen bei der Landtagswahl im Oktober Die Linke wählen?

Hermann Schaus (H. S.): Weil Die Linke die Partei ist, die sich für Ausrüstung, Ausstattung und Personal einsetzt und diese Themen problematisiert hat, auch zu Zeiten als noch kein Wahlkampf war. Als Beispiel fordern wir seit über zehn Jahren schon höhere Anwärterzahlen.

Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder

PS.: Sie fordern in Ihrem Wahlprogramm die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), bis

wann, glauben Sie, ist das zu schaffen? Ziel ist die Rückkehr in die TdL, um die tarifpolitische ‚Kleinstaaterei‘ zu beenden.“ (Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen zur letzten Landtagswahl)?

H. S.: Das ist nur möglich, wenn es einen Politik- und Regierungswechsel in Hessen gibt. Wenn man das aber dann will, wäre es, nach meiner Meinung, innerhalb eines Jahres machbar.

PS.: Die hessenspezifischen Arbeitnehmervorteile blieben dabei erhalten?

H. S.: Ja, ich darf an § 70 BAT erinnern, da war es auch möglich, spezifische Länderregeln einzubringen. Nach unserer Meinung sollte

die tarifrechtliche Überleitung so funktionieren.

**Wochenarbeitszeit
38,5 oder 35
Stunden/Woche?**

PS.: In Ihrem Wahlprogramm sprechen Sie von einer Wochenarbeitszeit von 28 bis 35 Stunden generell, beim öffentlichen Dienst wollen Sie gemäß Ihren Aussagen im Wahlprogramm aber nur die Arbeitszeiterhöhung von 42 (41) auf 38,5 Wochenstunden zurück nehmen, wieso?

H. S.: Eine generelle Wochenarbeitszeit von 28 bis 35 Stunden ist das, wo die größte Arbeits- zufriedenheit bei den Arbeitnehmern entsteht, das haben verschiedenste Untersuchungen gezeigt. Das ist auch unser großes politisches Ziel. Wir wollen selbstverständlich auch den Einklang in der Arbeitszeit zwischen Beamten und Tarifangestellten und somit ist die Reduzierung der Wochenarbeitszeit der Beamten und des Tarifes auf 38,5 Stunden ein Ziel, was wir zeitnah

und direkt erreichen können und wollen.

PS.: Wird Die Linke die Ein stellungsoffensive der CDU/ Grünen- Landesregierung fortführen wenn sie in die Regierung kommt?

H. S.: Die hohen Einstellungszahlen die wir zurzeit sehen, resultieren aus den Versäumnissen der vergangenen Jahre. Diese hohen Zahlen wollen wir beibehalten. Das ist auch notwendig, um unter anderem den Überstundenberg, der erneut fast wieder die Drei-Millionen-Marke erreicht hat, abzubauen. Die hohe Anzahl der Überstunden ist ein klares Zeichen von Personalmangel bei der Polizei.

PS.: Wie steht Die Linke zur Kennzeichnungspflicht ? Sie haben in einem Interview bei Sat 1 gesagt: „Es müssen alle Personen identifizierbar sein, sowohl Polizisten wie auch Demonst ranten.“ Heißt das, Demonstrationsteilnehmer müssen jetzt auch gut sichtbar ihren Ausweise oder eine andere Individual- kennzeichnung tragen?

H. S.: Nein natürlich nicht. Wir sind für die Kennzeichnungspflicht. Hessen hat da eine sinnvolle Regelung. Nach meinem Kenntnisstand gibt es auch in anderen Bundesländern keine von den Gewerkschaften befürchteten Probleme.

Mitbestimmung und Minderheitenschutz

PS.: Sie fordern die vollständige Wiederherstellung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungs- rechte der Personalräte, werden sie dabei den Minderheitenschutz gewährleisten?

H. S.: Zunächst möchten wir das Mitbestimmungsrecht stärken, um den Personalräten eine Arbeit auf Augenhöhe zu ermöglichen. Das heißt auch, dass das letzte Wort die Einigungsstelle hat. Über den Minderheitenschutz haben wir noch keine Diskussionen geführt.



DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Wachpolizei

PS.: In Ihrem Wahlprogramm sprechen Sie bei der Wachpolizei von Polizisten zweiter Klasse, wollen Sie die Wachpolizei abschaffen?

H. S.: *Ja! Weil aus meiner Sicht, die Schaffung der Wachpolizei die Wiedereinführung der dreigeteilten Laufbahn in Hessen war. Wir haben uns immer für die zweigeteilte Laufbahn ausgesprochen.*

PS.: Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zum Freiwilligen Polizeidienst?

H. S.: *Den lehnen wir generell ab. Der Bürger kann nicht unterscheiden, ob er einen über drei Jahren voll ausgebildeten und studierten Vollzugspolizisten oder einen in ein paar Stunden beschulten Freiwilligen Polizeibesetzten vor*

sich hat. Weiterhin lehnen wir auch die Bewaffnung von Stadtpolizei und Ordnungsämtern ab. Wir haben eine ausführende Gewalt und das ist die Polizei.

PS.: Ist es für Sie selbstverständlich, die Tarifergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beam- ten zu übertragen?

H. S.: *Ja sicherlich. Das haben wir immer gefordert und das vertreten wir nach wie vor. Für uns ist das eine Automatik. Die Zeitgleichheit ist mir hier besonders wichtig, denn in der Vergangenheit haben wir ja erhebliche negative Erfahrungen damit gemacht.*

PS.: Sollte Die Linke eine Koalition eingehen müssen, welche Punkte wären im Bereich innere Sicherheit nicht verhandelbar?

H. S.: *Ich halte nichts von Ausschlüssen, das*

müssen die Verhandlungen ergeben. Allerdings ist unsere kritische Haltung zum Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) bekannt. Grenzlinien, die wir nicht überschreiten, sind aber:

- *kein Personalabbau im öffentlichen Dienst,*
- *kein Sozialabbau,*
- *keine weitere Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen.*

Zum Schluss

PS.: Welche persönlichen Worte möchten Sie zum Schluss noch an die DPoIG-Mitglieder richten?

H. S.: *Ich würde mir wünschen die DPoIG-Mitglieder würden sich intensiv mit unseren Positionen auseinandersetzen; zu Gesprächen sind wir immer gerne bereit.*